

**Kassel documenta Stadt  
Stadtverordnetenversammlung  
Ausschuss für Soziales, Gesundheit  
und Sport**

Geschäftsstelle:  
Büro der  
Stadtverordnetenversammlung  
Andrea Herschelmann  
andrea.herschelmann@kassel.de  
Telefon 0561 787 1226  
Fax 0561 787 2182

Rathaus  
Obere Königsstraße 8  
34117 Kassel  
W 224a

Behördennummer 115  
Rechtshinweise  
zur elektronischen  
Kommunikation  
im Impressum unter  
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und  
Sport  
der Stadtverordnetenversammlung  
Kassel

**Kassel** documenta Stadt

24. Februar 2015  
1 von 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **22. öffentlichen Sitzung** des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport  
lade ich ein für

**Dienstag, 3. März 2015, 17:00 Uhr,  
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

### **Tagesordnung:**

- 1. Zwangsräumungen in Kassel**  
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke  
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann  
- 101.17.1577 -
- 2. Anhörung zu dem Thema "weibliche Genitalverstümmelung"**  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Gabriele Jakat  
- 101.17.1593 -
- 3. Neuregelung der Sportförderung**  
Antrag der CDU-Fraktion  
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Bodo Schild  
- 101.17.1595 -

**4. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern**

Antrag der CDU-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Bodo Schild

- 101.17.1597 -

Mit freundlichen Grüßen

Esther Kalveram

Vorsitzende

**Niederschrift**  
über die 22. öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport**  
am **Dienstag, 3. März 2015, 17:00 Uhr**  
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

6. März 2015  
1 von 5

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD  
Anja Lipschik, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne  
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD  
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD  
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Günther Schnell)  
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD (Vertretung für Monika Sprafke)  
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne  
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)  
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne  
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU  
Bodo Schild, Mitglied, CDU  
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke  
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten  
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates  
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

**Magistrat**

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

**Schriftführung**

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Jutta Schwalm, Mitglied, CDU

**Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen**

Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro  
Karsten Schwartz, Sportamt  
Dr. Gabriele Oefner, Gesundheitsamt Region Kassel  
Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

**Tagesordnung:**

1. **Zwangsräumungen in Kassel** 101.17.1577
2. **Anhörung zu dem Thema "weibliche Genitalverstümmelung"** 101.17.1593

- |   |             |
|---|-------------|
| <b>3. Neuregelung der Sportförderung</b>  | 101.17.1595 |
| <b>4. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern</b> | 101.17.1597 |

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 24. Februar 2015 ordnungsgemäß einberufene 22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Weiterhin stellt sie fest, dass  
Stadtkämmerer Dr. Barthel  
Vorsitzende Kalveram, SPD-Fraktion  
Stadtverordnete Boczkowski, SPD-Fraktion  
Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, und  
Frau Herschelmann, Schriftführung  
der Veröffentlichung von Film- und Tonaufnahmen ihrer Person nicht zustimmen.

- 1. Zwangsräumungen in Kassel**  
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke  
- 101.17.1577 -

## Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hat sich die Zahl der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 entwickelt, wie viele Zwangsräumungen wurden jeweils pro Jahr terminiert und wie viele tatsächlich durchgeführt?
2. Aus welchen Gründen kam es seit dem Jahr 2005 zu den Zwangsräumungen (Mietschulden, Eigenbedarf o.ä., bitte jeweils mit Angabe der Anzahl der Fälle)?
3. Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 betrafen Wohnungen im Besitz der Wohnungsbaugesellschaften - aufgliedert nach den jeweiligen Wohnungsbaugesellschaften?
4. Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 betrafen Empfänger\*innen von bedürftigkeitsgeprüften Sozialleistungen und wie viele davon waren im ALG II- Bezug?
5. In welcher Höhe musste die Stadt Kassel seit dem Jahr 2005 Unterbringungskosten für zwangsgeräumte Personen, insgesamt und durchschnittlich pro Fall, aufbringen?
6. Wo werden zwangsgeräumte Personen untergebracht (Angabe bitte aufgeschlüsselt nach Art der Unterbringung (Notunterkunft, Hotel, Rückeinweisung o.ä.)?)

7. Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten hält die Stadt vor, und welcher Art sind diese? 3 von 5
8. Wie lange bleiben die Betroffenen durchschnittlich dort?
9. Welche Unterstützung wird seitens der Stadt geboten, damit Betroffene möglichst schnell wieder eine eigene Wohnung finden?
10. Sind die Wohnungen oder (Hotel-)Unterkünfte, die den Zwangsgeräumten zur Verfügung gestellt werden, günstiger als die Wohnungen aus denen sie geräumt wurden?
11. Wie viele Betroffene suchen die Fachstelle für Wohnen erst nach vollzogener Räumung auf?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Beantwortung als Anlage zur Niederschrift zu.

**Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt  
Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.**

- 2. Anhörung zu dem Thema "weibliche Genitalverstümmelung"**  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
- 101.17.1593 -

### **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport darüber zu berichten, welche Erkenntnisse in der Verwaltung mit dem Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ in Kassel vorliegen und welche Präventionsarbeit hier geleistet wird.

Zu dieser Sitzung bitten wir den Magistrat, externe Fachleute einzuladen, die sich in Kassel mit dieser Problematik beschäftigen.

Stadtverordnete Boczkowski, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag. Stadtkämmerer Dr. Barthel gibt zur Stellungnahme das Wort an Frau Dr. Oefner, Gesundheitsamt Region Kassel, und Frau Dr. Giebhardt, Frauenbeauftragte der Stadt Kassel.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

**Beschluss**

4 von 5

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Anhörung zu dem Thema "weibliche Genitalverstümmelung", 101.17.1593, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Judith Boczkowski

**3. Neuregelung der Sportförderung**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1595 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Sportförderrichtlinien wie folgt zu ändern:

Eine besondere Förderung ist vorzusehen für Sportvereine, die

1. mit Schulen im Rahmen des „Pakts für den Nachmittag“ kooperieren oder
2. Jugendliche nichtdeutscher Herkunft besonders im Sportverein integrieren und Toleranz üben oder
3. Flüchtlinge in den Verein einladen und sich um sie kümmern.

Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Herr Schwartz, Sportamt, berichtet, dass zurzeit ein Konzept betr. Sportförderrichtlinien erarbeitet wird. Daraufhin zieht Stadtverordneter Schild den Antrag seiner Fraktion zurück.

**Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.**

**4. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1597 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sein kurzfristiges, aber auch sein langfristiges Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen und dabei ggf. eine stadtteilbezogene Vorgehensweise für dezentrale Unterbringung und alle aktuellen diesbezüglichen Aspekte darzulegen.

Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Stadtkämmerer Dr. Barthel nimmt zu dem Antrag Stellung. Im Rahmen der Diskussion macht Stadtverordnete Lipschik, B90/Grüne, einen Änderungsvorschlag, der von Stadtverordnetem Schild übernommen wird.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **halbjährlich** über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

**Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, 101.17.1597, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

**Ende der Sitzung:** 17:33 Uhr

Esther Kalveram  
Vorsitzende

Andrea Herschelmann  
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.17.1577

2. Februar 2015  
1 von 2

## Zwangsräumungen in Kassel

### Anfrage

### zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hat sich die Zahl der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 entwickelt, wie viele Zwangsräumungen wurden jeweils pro Jahr terminiert und wie viele tatsächlich durchgeführt?
2. Aus welchen Gründen kam es seit dem Jahr 2005 zu den Zwangsräumungen (Mietschulden, Eigenbedarf o.ä., bitte jeweils mit Angabe der Anzahl der Fälle)?
3. Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 betrafen Wohnungen im Besitz der Wohnungsbaugesellschaften - aufgliedert nach den jeweiligen Wohnungsbaugesellschaften?
4. Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 betrafen Empfänger\*innen von bedürftigkeitsgeprüften Sozialleistungen und wie viele davon waren im ALG II- Bezug?
5. In welcher Höhe musste die Stadt Kassel seit dem Jahr 2005 Unterbringungskosten für zwangsgeräumte Personen, insgesamt und durchschnittlich pro Fall, aufbringen?
6. Wo werden zwangsgeräumte Personen untergebracht (Angabe bitte aufgeschlüsselt nach Art der Unterbringung (Notunterkunft, Hotel, Rückeinweisung o.ä.)?)
7. Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten hält die Stadt vor, und welcher Art sind diese?
8. Wie lange bleiben die Betroffenen durchschnittlich dort?
9. Welche Unterstützung wird seitens der Stadt geboten, damit Betroffene möglichst schnell wieder eine eigene Wohnung finden?



10. Sind die Wohnungen oder (Hotel-)Unterkünfte, die den Zwangsgeräumten zur Verfügung gestellt werden, günstiger als die Wohnungen aus denen sie geräumt wurden?
11. Wie viele Betroffene suchen die Fachstelle für Wohnen erst nach vollzogener Räumung auf?

2 von 2

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in:                      Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Norbert Domes  
Fraktionsvorsitzender

Kassel, 17. Februar 2015



Anfrage der Kasseler Linke vom 02.02.2015  
Vorlage Nr. 101.17.1577  
Zwangsräumungen in Kassel

**1. Frage:**

Wie hat sich die Zahl der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 entwickelt, wie viele Zwangsräumungen wurden jeweils pro Jahr terminiert und wie viele tatsächlich durchgeführt?

**Antwort:**

Anberaumte Zwangsräumungen seit 2005:

2005 = 179  
2006 = 171  
2007 = 193  
2008 = 196  
2009 = 203  
2010 = 224  
2011 = 301  
2012 = 275  
2013 = 273  
2014 = 225

Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Zwangsräumungen ist nicht bekannt, da die Stadt in der Regel nicht über die Absage von Zwangsräumungen unterrichtet wird.

**2. Frage:**

Aus welchen Gründen kam es seit dem Jahr 2005 zu den Zwangsräumungen (Mietschulden, Eigenbedarf o.ä., bitte jeweils mit Angabe der Anzahl der Fälle)?

**Antwort:**

Gründe gehen aus den Zwangsräumungsmitteilungen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher nicht hervor und können somit auch nicht statistisch erfasst werden.

**3. Frage:**

Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 betrafen Wohnungen im Besitz der Wohnungsgesellschaften – aufgliedert nach den jeweiligen Wohnungsgesellschaften?

**Antwort:**

Der Anteil an Wohnungen von Wohnungsgesellschaften sowie die Aufteilung auf die einzelnen Gesellschaften können nicht erfasst werden (siehe auch die Ausführungen zu 1.).

**4. Frage:**

Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2005 betrafen Empfänger/innen von bedürftigkeitsgeprüften Sozialleistungen und wie viele davon waren im ALG II-Bezug?

**Antwort:**

Einkommensverhältnisse ändern sich immer wieder z. T. auch kurzfristig, so dass hierzu keine Erhebungen stattfinden.

**5. Frage:**

In welcher Höhe musste die Stadt Kassel seit dem Jahr 2005 Unterbringungskosten für zwangsgeräumte Personen, insgesamt und durchschnittlich pro Fall, aufbringen?

**Antwort:**

Die Anzahl der Obdachloseneinweisungen nach Zwangsräumungen stellt nur einen kleinen Anteil der Gesamtzahl der Unterbringungen durch die Zentrale Fachstelle Wohnen dar. Daher können diese Kosten nicht getrennt erfasst werden.

**6. Frage:**

Wo werden zwangsgeräumte Personen untergebracht (Angabe bitte aufgeschlüsselt nach Art der Unterbringung (Notunterkunft, Hotel, Rückeinweisung o. ä.)?)

**Antwort:**

Obdachlose Haushalte werden in Wohnungen, Apartments oder möblierten Zimmern untergebracht. Hotelunterbringungen gibt es nur im Notfall (z.B. nach Hausbränden), Wiedereinweisungen nur im Ausnahmefall (max. zwei pro Jahr).

**7. Frage:**

Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten hält die Stadt vor, und welcher Art sind diese?

**Antwort:**

Die Stadt Kassel hält ca. 8–10 Unterbringungsmöglichkeiten vor. Es handelt sich um möblierte Zimmer, Apartments und Wohnungen.

**8. Frage:**

Wie lange bleiben die Betroffenen durchschnittlich dort?

**Antwort:**

Die Verweildauer beträgt aktuell durchschnittlich ca. 18 Monate.

**9. Frage:**

Welche Unterstützung wird seitens der Stadt geboten, damit Betroffene möglichst schnell wieder eine eigene Wohnung finden?

**Antwort:**

Die der Zentralen Fachstelle Wohnen bietet folgende Unterstützungsleistungen: Hilfe bei der Wohnungssuche, Übernahme von Kautionen/Genossenschaftsanteilen, Unterstützung bei der Durchsetzung von Ansprüchen auf Transferleistungen, Hilfe bei der Sicherung der zukünftigen Mietzahlung, Zusagen für Vermieter, Hilfe zur Erlangung/zum Abschluss eines Mietvertrages für den zugewiesenen Wohnraum.

**10. Frage:**

Sind die Wohnungen oder (Hotel-)Unterkünfte, die den Zwangsgeräumten zur Verfügung gestellt werden, günstiger als die Wohnungen aus denen sie geräumt wurden?

**Antwort:**

Die Abwehr der Notlage steht zunächst im Vordergrund, dabei ist die Höhe der Kosten zweitrangig, so dass hierzu keine eindeutige Aussage getroffen werden kann. Bei dauerhaften Unterbringungen wird in der Regel darauf geachtet, dass die Mietobergrenzen nicht überschritten werden.

**11. Frage:**

Wie viele Betroffene suchen die Fachstelle für Wohnen erst nach vollzogener Räumung auf?

**Antwort:**

Dazu gibt es keine statistischen Erhebungen. Der Anteil wird auf ca. 10% geschätzt



Dr. Barthel  
Stadtkämmerer

**Vorlage Nr. 101.17.1593**

12. Februar 2015

1 von 1

**Anhörung zu dem Thema "weibliche Genitalverstümmelung"**

**Gemeinsamer Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport darüber zu berichten, welche Erkenntnisse in der Verwaltung mit dem Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ in Kassel vorliegen und welche Präventionsarbeit hier geleistet wird.

Zu dieser Sitzung bitten wir den Magistrat, externe Fachleute einzuladen, die sich in Kassel mit dieser Problematik beschäftigen.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordnete Gabriele Jakat

Christian Geselle  
Fraktionsvorsitzender SPD

Dieter Beig  
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

**Vorlage Nr. 101.17.1595**

23. Februar 2015  
1 von 1

## **Neuregelung der Sportförderung**

### **Antrag**

#### **zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Sportförderrichtlinien wie folgt zu ändern:

Eine besondere Förderung ist vorzusehen für Sportvereine, die

1. mit Schulen im Rahmen des „Pakts für den Nachmittag“ kooperieren oder
2. Jugendliche nichtdeutscher Herkunft besonders im Sportverein integrieren und Toleranz üben oder
3. Flüchtlinge in den Verein einladen und sich um sie kümmern.

Berichterstatter/-in:                      Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett  
Fraktionsvorsitzender

**Vorlage Nr. 101.17.1597**

23. Februar 2015  
1 von 1

**Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und  
Asylbewerbern**

**Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sein kurzfristiges, aber auch sein langfristiges Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen und dabei ggf. eine stadtteilbezogene Vorgehensweise für dezentrale Unterbringung und alle aktuellen diesbezüglichen Aspekte darzulegen.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett  
Fraktionsvorsitzender